

# Plan B: Europa als Zukunfts-Ressource neu definieren

Ein Ende der EU in ihrer bisherigen Gestalt wäre nicht unbedingt eine Tragödie, argumentiert Hasso Spode.

So großartig das historisch beispiellose Projekt „Europa“ bislang letztlich verlaufen sein mag, so akut sind seine Gefährdungen durch eine tiefe Struktur- und Sinnkrise. In etlichen EU-Ländern sehen die Menschen und Regierungen leider just darin eine positive Entwicklung. Dies gilt für die skandinavischen Länder, vor allem aber für viele der Neumitglieder und für Großbritannien. Den Briten war 1973 die Mitgliedschaft buchstäblich aufgedrängt worden. Drei Jahrzehnte haben ihnen Europa keinen Zoll näher gebracht; in Tradition der splendid isolation sieht sich das Land als Atlantikbrücke und fungiert als Kohärenzbremse. Unter umgekehrten Vorzeichen geriet dann die Osterweiterung zum finalen Rückschlag hinsichtlich Kohärenz, Handlungsfähigkeit und affektiver Bindekraft der Union. Hier waren zwar die Menschen zunächst begeistert von der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft. Doch weder die Alt-, noch die meisten Neumitglieder erwiesen sich als „beitrittsreif“.

Die Aufnahme von zehn Staaten im Mai 2004 erfolgte entgegen der Zusage einer vorherigen Strukturreform. Allein dieser Wortbruch musste die Legitimität der Europapolitik beschädigen. Wohl zählen weitere Teile Osteuropas, bis hin zur Ukraine, zweifellos zu Europa, doch mit der Vollinklusion in Gestalt der Osterweiterung hat sich die EU eine Lähmung der Entscheidungsfindung und eine extreme soziale und ökonomische Ungleichheit eingehandelt. Ungerührt wurden 2007 noch zwei Balkanländer „fahrplanmäßig“ aufgenommen, deren Sozialprodukte nicht einmal ein Zehntel der Bundesrepublik erreichen. Bulgarien und besonders Rumänien sind von mafiosen Strukturen geprägt, die den Staat zur bloßen Fassade degradieren.

Die Mentalitäts- und Wohlstandsunterschiede werden gefährliche Spannungen erzeugen, sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedsstaaten. Auf gesamtstaatlicher Ebene wird eine Angleichung zwischen Alt- und Neumitgliedern nicht allein durch

erweiterungsbedingte Wachstumseffekte zu erreichen sein, sondern wird – vergleichbar mit der deutschen Vereinigung – nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren erfolgen. Anders als im deutschen Fall kann aber nicht an einen konkreten Solidaritätshorizont appelliert werden. Erst recht nicht, da die Osterweiterung die europäische Identitätsbildung zerstört hat. Was Zeit zum „Zusammenwachsen“ gebraucht hätte, wurde im Schnellgang durchgezogen. Der mentale Graben zu den meisten Altländern erweist sich nun als tiefer als zuvor angenommen. Ein funktionierender Staat wird oftmals nicht erwartet; im Alltagshandeln wird die Umgehung von gesetzlichen Regeln entsprechend indulgent bewertet. Die politische Kultur bleibt vielfach von Lagerdenken und Grobheit geprägt, überwunden geglaubte Ressentiments und Chauvinismus feiern Triumphe; dass die Inklusion in das Förderungs- und Entscheidungssystem der EU einen Verzicht auf Souveränitätsrechte impliziert, wird mit Feindseligkeit quittiert.

Die Erkenntnis der Begrenztheit politischer Steuerung war an den Erweiterungsstrategen spurlos vorbeigegangen. Ihr Machbarkeitsglaube setzte darauf, mit der Unterzeichnung von 91.000 Seiten Gesetzestext des *Acquis communautaire* würde wie mit einem Zauberschlag auch eine neue politische Kultur und Mentalität erschaffen. Historischen Sachverstand einzuholen, wäre da nur störend gewesen. In den westeuropäischen Hauptstädten, wo man sich über alle Warnungen hinweggesetzt hatte, macht sich nun Enttäuschung breit. Doch kann dies nicht eingestanden werden und bleibt folgenlos. Stoisch wird am Türkeibeitritt festgehalten, der von einer Mehrheit der EU-Bürger nicht gewünscht wird. Dabei haben sowohl die türkischen als auch die EU-Eliten den Bürgern nicht hinreichend erklären können, was Europa mit einer Vollmitgliedschaft der Türkei gewänne – außer der Chance, ein „Abgleiten“ des Landes ins Chaos zu verhindern. Die mangelnde Beitrittsreife wird zum ultimativen Beitrittsargument.